

SPD

Dr. Sascha Raabe
Mitglied des
Bundestages



DEM DEUTSCHEN VOLKE

NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE
AUSGABE 8/ 2015

Bundestagsrede vom 11.06.2015

Abkommen mit Westafrikanischer Wirtschaftsunion



Die Rede kann unter folgendem Link angesehen werden
(anklicken): <http://dbtg.tv/fvid/5229712>



Dr. Sascha Raabe
MdB
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Pressemitteilung vom 8.06.2015

Noch am Dienstag und Mittwoch in Niederrodobach

Raabe und Schejna stehen im Infomobil des Deutschen Bundestages

Noch am heute und am Dienstag von 9 bis 18 Uhr sowie am Mittwoch von 9 bis 14 Uhr macht das Infomobil Station an der Rodenbachhalle in Niederrodobach. Der weiße Sattelschlepper bietet einen Großbildschirm für Filmvorführungen, Internetangebote, Quiz und eine Vielzahl an kostenlosen Informationsmaterialien über die Arbeit und Geschichte des Parlaments. „Die Leute sind schon neugierig, aber meist etwas schüchtern“, erklärten die Mobil-Betreuer Gabriele Schnurnberger und Klaus Deuker.

Keinerlei Berührungängste mit den Bürgern gab es gestern, denn mit dem Bundestagsabgeordnete

ten Dr. Sascha Raabe und Bürgermeister Klaus Schejna standen zwei profunde Kenner von Bundes- und Lokalpolitik Rede und Antwort. Der Reigen der Diskussionspunkte reichte vom Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU, dem G7-Treffen, Russland und dem Ukraine-Konflikt bis hin zur Ärzteversorgung und den Kitastreiks, ein Thema, bei dem Schejna und Raabe den Spagat der Kommunen zwischen den berechtigten Lohninteressen der Erzieher und dem vom Land auferlegten Sparzwang verdeutlichten. „Der Besuch des Infomobils lohnt sich wirklich, weil hier die parlamentarischen Prozesse

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

SPD

se und die Arbeitsweise der Abgeordneten transparent und erfahrbar gemacht werden“, wirbt SPD-Politiker Raabe für einen Besuch. Dass der von Stadt zu Stadt tou-

rende Sattelschlepper im „kleinen“ Rodenbach Station macht ist die Ausnahme – die 990-Jahr-Feier bildet den Anlass.



Pressemitteilung vom 3.06.2015

Dr. Sascha Raabe ruft Schüler und junge Berufstätige auf sich zu bewerben

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm als Junior – Botschafter in die USA

Der Deutsche Bundestag vergibt wieder Stipendien für ein Auslandsjahr in den USA. Bis zum 11. September 2015 können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige für ein Stipendium des Parlamentarischen Patenschafts-Programms für das Austauschjahr 2016/2017 auf bundes-tag.de/ppp/bewerben. Das Parlamentarische Patenschafts-Programm ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Kongresses für junge Deutsche und US-Amerikaner. Dr. Sascha Raabe übernimmt seit Jahren die Patenschaft für den/die Stipendiaten/in.

Die deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen in den USA eine High School, die jungen Berufstätigen gehen auf ein College und absolvieren anschließend ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Die Stipendiaten leben während des Austauschjahrs in

Gastfamilien. Gleichzeitig verbringen Stipendiatinnen und Stipendiaten aus den USA ein Austauschjahr in Deutschland. Die Stipendiaten lernen den Alltag, die Kultur und die Politik des anderen Landes kennen. Zugleich vermitteln sie als Junior-Botschafter ihre Erfahrungen, Werte und Lebensweise aus ihrem Land.

Bewerben können sich bundesweit Schülerinnen und Schüler, die zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2016) mindestens 15 und höchstens 17 Jahre alt sind. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31.7.2016) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein. Das PPP-Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, Vorbereitung und Betreuung sowie notwendige Versicherungen.

Erst im Herbst 2015 wird die Anzahl der Stipendien, ihre Vertei-



Dr. Sascha Raabe
MdB
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756



lung auf die Wahlkreise und die Programmteile Schüler und Berufstätige feststehen. Die Anzahl der Stipendien hängt unter anderem von Finanzierungsanteil der USA ab. Dieser wird erst mit der Entscheidung über den US-Haushalt im Kongress im Herbst 2015 beschlossen. Daher kann

nicht garantiert werden, dass in allen Wahlkreisen Stipendien vergeben werden können.

Alle Informationen zum PPP und zur Bewerbung: www.bundestag.de/ppp
Fragen und Auskünfte unter: ppp@bundestag.de

Bericht aus Berlin, Gelnhäuser Tageblatt vom 3.06.2015

Wohnen muss bezahlbar sein

Vollbremsung für explodierende Mieten: Seit dem 1. Juni gilt die Mietpreisbremse, die dafür sorgen soll, dass auch in attraktiven Wohngebieten die Mieten für Normalverdiener, junge Familien und Rentner bezahlbar bleiben. Künftig kann verhindert werden, dass die Wiedervermietung einer Wohnung in begehrten Städten und Gemeinden vom Vermieter dazu genutzt wird, die Miete unverhältnismäßig anzuheben. Das neue Gesetz sieht vor, dass die Miete in Lagen mit angespanntem Wohnungsmarkt bei Wiedervermietung nur noch maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Das kann man angesichts von mittlerweile gängigen Mietsteigerungen von 30, 40 Prozent oder noch mehr in bestimmten Lagen durchaus als Vollbremsung bezeichnen. Damit wird die zunehmende Verdrängung derjenigen, die mit jedem Euro rechnen müssen, eingedämmt und unsere Städte können auch in Zukunft bunt und vielfältig bleiben.

In welchen Gebieten die Mietpreisbremse greift, legen die Bundesländer fest. Berlin hat vorgelegt und die Bremse unmittelbar eingeführt. Hessen hat angekündigt, zügig nachziehen zu wollen. Einer fatalen Entwicklung, dass nämlich Wohnen immer mehr zu

einem Luxusgut wird, ist damit der Kampf angesagt. Nun wird die Mietpreisbremse allein nicht reichen, um den Wohnungsmarkt insgesamt zu entspannen. Um den enormen Anstieg der Mieten langfristig zu verhindern, brauchen wir selbstverständlich auch zusätzlichen geförderten Wohnungsbau insbesondere im niedrig- und mitelpreisigen Segment. Wichtig war es daher, Neubauten von der Regelung auszunehmen und mit der Mietpreisbremse nicht gleichzeitig auch die Investitionsbereitschaft auszubremsen.

Wer als Mieter endlich eine Wohnung gefunden hat, kann sich glücklich schätzen. Oft jedoch wird diese Freude durch eine hohe Maklercourtage erheblich getrübt. Umzugskosten, Mietkaution und dann auch noch der Makler – viele können das nicht stemmen. Auch hier gibt es jetzt Abhilfe. Mit dem neuen Gesetz gilt das Bestellerprinzip: Den Makler bezahlt, wer ihn beauftragt hat. Das ist in den meisten Fällen der Vermieter. Die Anwendung des Bestellerprinzips für das Einschalten eines Maklers ist nur recht und billig – wobei „billig“ hier vielleicht nicht ganz zutreffend ist.



Dr. Sascha Raabe
MdB
Bürgermeister a.D.

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

